

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Oesterreich und Luxemburg 248.— M. für das übrige Ausland 262.— M. Postbefreiungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Estland, Lettland, Litauen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingärten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompositionsgelbe kostet 40.— M. Restamtszeit 190.— M. „Achtung-Anzeigen“ das fertige Blatt 12.— M. (zwei bis drei fertige Blätter) jedes weitere Wort 10.— M. Stellungs- und Stellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 27. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Sonderexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Revolution in Griechenland.

London, 27. September. (Reuter.) Nach Meldungen aus Athen sind in Griechenland erste revolutionäre Unruhen ausgebrochen, besonders in Larissa, Mitylene und Saloniki. Hier und Marine sind daran beteiligt. Der Minister des Innern wollte gestern mit der Regierung wissen nicht, wie viele Kriegsschiffe sich der Bewegung angeschlossen hätten. Die Sicherheit des Königs ist anscheinend ungeschädelt. Die Revolutionäre verlangen die Abdankung des Königs.

Paris, 27. September. (W.T.B.) Havas meldet aus Athen vom 27. September, die Athener Regierung hat demissioniert.

Erste Lage im Orient.

London, 27. September. (Reuter.) Die letzten aus Konstantinopel in britischen Kreisen eingetroffenen Berichte besagen, daß die britischen und die französischen Admirale ersucht wurden, mit Kemal selbst in Führung zu treten. Bezüglich der türkischen Truppen sei man der Ansicht, daß es unmöglich sei, vorauszusagen, was geschehen werde. Es werde jedoch die Hoffnung ausgesprochen, daß die gemeldeten Bewegungen der türkischen Truppen auf Befehle zurückzuführen sind, die vor Empfang der Note der Alliierten erteilt wurden. Eine zweite türkische Kavallerieabteilung ist in die neutrale Zone eingedrungen und zwar in der Gegend von Bisha. Morgen werden drei Bataillone Infanterie von London nach dem Orient abgehen. Die Hochseerzerrückflotte wird gleichfalls in das östliche Mittelmeer gesandt werden.

London, 27. September. (W.T.B.) Generalmajor Sir Frederic Maurice meldet der „Daily News“ aus Konstantinopel, daß türkische Kavallerie Grenöl und Kumbale weiterhin besetzt halte. General Harrington, der vor allem einen Zusammenstoß, welcher die diplomatischen Verhandlungen beeinträchtigen würde, vermeiden wolle, habe direkt an Kemal Pascha telegraphiert und ersucht, die Zurücknahme der türkischen Truppen aus der neutralen Zone anzuordnen. General Pellet habe an Kemal in gleichem Sinne gedröhlet. Inzwischen hatten die britischen Truppen in Ichanal Befehl erhalten, keine Offensivaktion zu unternehmen, bis Kemal Zeit gefunden habe, den türkischen Streitkräften Anweisung zu geben. Das werde 48 Stunden erfordern. Es bestehe also keine Gefahr, daß das britische militärische Vorgehen die Ausschöpfung auf Frieden beeinträchtige. Weitere britische Infanterie und Artillerie sei in Ichanal ausgeschifft. Auch die britische Flotte habe neue Verstärkungen erhalten. General Harrington erklärte, daß für die britischen Streitkräfte in Ichanal keine Gefahr bestünde.

Kemals Forderungen.

London, 27. September. (W.T.B.) Der Konstantinopeler Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ drohtet über die vorläufigen Friedensbedingungen Kemal Paschas, der türkische Nationalistenführer werde es ablehnen, unter den Bedingungen der Alliierten auf die geplante Konferenz von Benedikt zu gehen. Kemal wünsche die Teilnahme Russlands an der Konferenz und verlange das Recht, die Küsten des Marmarameeres zu besetzen. Er erkläre, wenn die Türkei ihre militärischen Operationen einstellen sollte, so müsse England zuerst mit der Entsendung von Verstärkungen nach der Türkei aufhören.

Dem Berichterstatter zufolge herrscht in Konstantinopel Panik. Der Sultan sei durch den Rücktritt seiner Minister vollkommen niedergeschlagen. Kemal habe seine Absicht ausgedrückt, einen nationalen Großwesir in Konstantinopel zum Vertreter der Regierung von Angora zu ernennen. Seine Wahl werde sicher auf Hamid Bey fallen. Es bestehe wenig Zweifel, daß der Sultan wegen seiner entsetzlichen Haltung entthront werde, wenn die Anhänger Angoras in Konstantinopel triumphieren. Der aussichtsreichste Kandidat sei Prinz Selim.

Russischer Schritt in London.

London, 27. September. (W.T.B.) „Daily Telegraph“ zufolge sprach der stellvertretende offizielle Kommissar der Sowjetregierung in London, Bergin, gestern im Foreign Office vor, um den Standpunkt der Sowjetregierung im Zusammenhang mit der Krise im Orient ausdrücklich hervorzuheben. Er erklärte, Russland wünsche eine friedliche Regelung, könne aber keiner internationalen Entscheidung zustimmen, die in Abwesenheit seiner Vertreter erzielt werde, in einer Frage, die von so grundlegender Bedeutung für den Handel und die internationalen Beziehungen Russlands sei wie die Stellung Konstantinopels und der Meerengen.

Die Zweite Internationale für Schiedsgericht.

London, 27. September. (W.T.B.) Das Londoner Bureau der 2. Internationale hat eine von Henderson, Tom Shaw, Thomas Coswing, Ramsay MacDonald unterzeichnete Erklärung über die Lage im nahen Osten veröffentlicht, in der es heißt, es würde ein unerhörtes Verbrechen gegen die Menschheit sein, wenn neue Feindseligkeiten beginnen. Die britische Regierung trage zum weitesten Teil die Verantwortlichkeit. Es wird die Einsetzung eines Schiedsgerichts durch den Völkerbund gefordert, in dem die Türkei, Russland und Deutschland gleichen Einfluß mit den anderen Nationen haben sollten. Wenn es unmöglich sein sollte, den Völkerbund dazu zu bewegen, so müßte jede Konferenz, die einberufen werde, auch Vertreter Russlands, Bulgariens und Deutschlands außer den bereits in der Note der Alliierten erwähnten einschließen. Russland und Bulgarien würden von allen territorialen Entscheidungen und von der Regelung der Frage der Freiheit der Meerengen vital berührt. Deutschlands wirtschaftliches Interesse im Orient gewähre ihm ein Recht auf einen Platz am Tische der Unterhändler. Die Regelung der Orientfrage und der Freiheit der Meerengen dürfe nicht von den Alliierten allein vorgenommen werden, insbesondere sei jede isolierte Aktion seitens irgendeiner Nation, die sich selbst zur Beschützerin der Meerengen aufwerfe, zu verurteilen.

Der Widersinn des Kohlendiktates.

Eine vernichtende französische Kritik.

Unfugliche Leiden hat das Kohlendiktat des Friedensvertrages über die deutsche Volkswirtschaft gebracht. Die Industrie, ohnehin geschwächt durch den Raubbau des Krieges, konnte nur mit unzureichender Beschäftigung arbeiten. Aber die Gewalt der Kartelle vermochte das volkswirtschaftliche Defizit rücksichtslos durch Preisermäßigungen auf die Masse der Verbraucher abzuwälzen, ohne daß der Profit darunter litt. Die jetzt verspätet erhöhten Preise für Eisenbahnfahrten, die fortgesetzte Verteuerung von Kohle und Licht, die unglaubliche Preissteigerung für Bekleidung, all das sind letzten Endes Folgen der Tatsache, daß wegen des Kohlen- und Rohstoffmangels die Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft nach dem Verlust wertvoller Gebiete und fast aller Auslandsverbindungen wie auch der deutschen Handelsflotte Jahr um Jahr verzögert worden ist.

Aber hat das Kohlendiktat der Entente selbst Nutzen gebracht? Der Entente als einem Ganzen bestimmt nicht! Die englische Kohlenkrise zeigte, daß der französische Markt mit Kohle übersättigt war und infolgedessen lange Zeit darauf verzichten konnte, wie vor dem Kriege englische Kohle anzukaufen. Aber auch Frankreich selbst hat von den Kohlenlieferungen einen höchst zweifelhaften Nutzen. Der französische Professor Francis Delaiss hat jetzt in einem Artikel in der Wochenausgabe des „Manchester Guardian“, die als Zeitschrift unter dem Titel „Der Wiederaufbau in Europa“ erscheint, den Widersinn des Kohlendiktates in einer Weise aufgedeckt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und die schlagend den Mißerfolg der französischen Kohlenpolitik aufdeckt.

Die französischen Kohlenforderungen gingen davon aus, daß Frankreich nach dem Gewinn Elsass-Lothringens seinen Kohlenverbrauch von 60 auf 70 Millionen Tonnen jährlich erhöhen, aber infolge der Kriegszerstörungen die Eigenförderung von 37 auf 25 Millionen zurückgehen würde. So veranschlagte man den Bedarf an ausländischer Kohle auf 50 Millionen Tonnen und erlegte sie Deutschland fast restlos auf. Außer dem Saarbecken, das 8 Millionen Tonnen jährlich zu liefern vermag, forderte man die — übrigens dank der deutschen Bemühungen in keinem Jahre bisher erreichte — Lieferung von 40,8 Millionen Tonnen. Man hoffte so, umsonst in den Besitz der Rohstoffe zu kommen und bedachte nicht, daß der auf diese Weise geschwächte Gegner in gleichem Maße an Kaufkraft verlor, daß er also dafür als Abnehmer für Waren so gut wie ganz auswich. Aber auch in ihrem Grundzug war die Rechnung falsch. Frankreich verbrauchte 1921 nicht, wie erwartet, 75, sondern nur 48,6 Millionen Tonnen. Infolgedessen war man genötigt, schon in diesem Jahre 2,3 Millionen Tonnen an das Ausland zu verkaufen.

Wie sehr diese Forderungen von französischen Interessenten bestimmt waren, geht daraus hervor, daß während ihrer Durchführung Herr Charles Laurent französischer Gesandter in Berlin ist, der frühere Präsident der Gemeinschaft der französischen Bergbau- und Hüttenindustrie, deren Einfluß auf die französische Regierung entscheidend ist.

Es war demnach selbstverständlich, daß nicht der französische Staat den Nutzen aus dem Kohlendiktat zog, sondern die Industrie. Die deutsche Kohle erhielt Frankreich umsonst, die französische und belgische Kohle billiger als die englische und amerikanische. Um nun einen Ausgleich herzustellen, setzte das französische Kohlenamt Durchschnittspreise fest. Es belastete seit Anfang des Jahres 1920, trotz der damals nach Delaiss herrschenden Hungerpreise für Kohlen, die französische und belgische Kohle mit einer Steuer von 75—125 Franken pro Tonne. Diese Steuer wurde den Verbrauchern englischer und amerikanischer Kohle in Form einer Vergütung von 200—300 Franken pro Tonne geschenkt. Der Staat zog aus dieser ergiebigen Einnahmequelle keinen Nutzen. Und Herr Poincaré jammert heute noch über das Defizit im französischen Staatshaushalt, während sich die Schwerindustrie bereicherte.

Man vergleiche damit wie die deutsche Schwerindustrie aus der Not des Volkes Gewinn zog, indem sie Preis forderte, die noch stärker in die Höhe getrieben sind als die Preise der fremden Devisen! Der Kapitalismus bleibt sich überall gleich.

Den Betrag an Abgaben, den Frankreich aus der bis zum Ende Februar 1922 gelieferten Reparationskohle erlöbt hat, berechnet Delaiss auf 1,1 Milliarden Franken. Dieser kam den Verbrauchern englischer und amerikanischer Kohle zugute, aber auch denen französischer Kohle, zu deren Verbilligung die Abgabe auf Reparationskohle ebenfalls herangezogen werden konnte, nachdem Anfang Januar 1922 infolge des Marksturzes die deutsche Kohle auf 25 Franken pro Tonne herunterging. Wörtlich schreibt Delaiss:

„Dank dieser genialen Kombination hat Frankreich im Laufe von drei Jahren das wirtschaftliche Paradoxon zutage gebracht, daß die

Deutsch-französischer Montantrust?

Zwischen Stinnes und dem französischen Großindustriellen Bernard Schweben dem schwerindustriellen nationalistischen „Journée Industrielle“ zufolge Verhandlungen, die auf eine Verständigung der deutschen und der französischen Industrie hinführen. Das Blatt führt aus:

Der Bau der deutschen Hütten, die als Ersatz für die elsaß-lothringischen Hütten im Rheinlande errichtet werden sollten, wird eingestellt. Die lothringischen Hütten erhalten nach Ablauf der Verfallfrist zur Erfüllung deutscher Reparationslasten eine bestimmte Menge von Ruhrkohle. Die deutsche Industrie erhält zum Vorzugspreise eine bestimmte Menge von Halbfertigfabrikaten der Lothringer Hütten (Sogendingen, Aneutungen und Kombach). An diesen Hütten wird deutsches Kapital beteiligt. Es ist in Aussicht genommen, daß ein Viertel des Betriebkapitals deutsch sein wird.

Die Verständigung soll während der bevorstehenden Reise deutscher Großindustrieller in die zerstörten Gebiete perfekt werden.

Neue Dollarhaufe.

In dem Maße, wie die Geldflüssigkeit zunimmt, beginnt der Einfuhrhandel seinen in den letzten Wochen zurückgestellten Devisenbedarf zu decken. Da jedoch die eigentlichen Devisenbesitzer, besonders in der Industrie, mit ihren Beständen zurückhalten, ist das Angebot außerordentlich gering. Hierdurch entsteht eine gewisse Einengung des Marktes, bei der naturgemäß die Kurse sehr leicht in die Höhe gehen. Heute mittag erreichte der Dollar an der Berliner Börse bereits wieder eine Höhe von 1600—1625, die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist außerordentlich groß und dürfte auch noch geraume Zeit anhalten.

Am Effektenmarkt zeigt sich das lebhafteste Geschäft der letzten Tage weiter fort. Besonders gesucht sind Sakulapapier, Auslandsrenten, Inlandspapiere, bei denen größerer

ausländischer Sachwertbesitz in Frage kommt, Petroleum-Aktien und weißrussische Montanwerte. Außerdem spielt bei der Beurteilung der Effekten augenblicklich die Frage eine große Rolle, ob die betreffenden Unternehmungen direkt oder indirekt für Wiederaufgeschäfte mit Frankreich in Frage kommen. Aus diesem Grunde wendet die Börse ihr besonderes Interesse verschiedenen Bau-gesellschaften sowie allen Unternehmungen der Zement-, Holz-, Eisen- und sonstigen Baustoffindustrien zu.

Die Schahwechsel weitergeleitet.

Paris, 27. September. (W.T.B.) Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung beschloffen, der Kriegskostenkommission den Empfang der deutschen Schahwechsel in einem von Delacroix und Brabury unterzeichneten Briefe zu bestätigen, in dem die Reparationskommission die Abzüge zur Kenntnis nimmt, die von der gesamten Beträge der geschuldeten Zahlung gemacht wurden und die Deutschland auf die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September gutzuschreiben sind. Die Kommission hat ferner beschloffen, die Schahwechsel der belgischen Regierung zu übermitteln und Belgien mit den Nominalbeiträgen der Wechsel per 15. August und 15. September zu belasten und Deutschland für diese Beträge zu erkennen. Der belgische Bevollmächtigte benachrichtigte die Reparationskommission, daß seine Regierung sich die Zahlung der Zinsen für sechs Monate für jeden Wechsel gesichert habe.

Fraktionsführung im Landtag.

Die erste gemeinschaftliche Fraktionsführung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei des Landtages tagte heute um 12 Uhr. Die Fraktionsvorsitzenden Limberg und Leid hielten Ansprachen, in denen sie ihrer Freude über die Vereinigung Ausdruck gaben und die Hoffnung auf treues und gedeihliches Zusammenarbeiten aussprachen. Die Fraktion beschäftigte sich sodann mit der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung und der Diätenfrage.

französischen Kohlenzechen die Kohle teuer verkaufen und der Verbraucher sie billig bekam. Die Reparationskohle wurde die Basis eines Dumping, aus dem die ganze französische Industrie ihren Nutzen zog.

Und die Folge? Die französischen Bergwerke in der Kriegszone konnten mit Hilfe der auf Rechnung Deutschlands vorgeschossenen 2 1/2 Milliarden Frank ihre Förderung beträchtlich steigern und zwar schon im Jahre 1921 auf 27 Proz. der Vorkriegsförderung. Die Gesamtförderung Frankreichs stieg im Jahre 1921 um drei auf 29 Millionen Tonnen.

So setzte ein Kohlenüberfluß ein, der zum Export zwang. Die Saarkohle, deren Förderung noch um eine Million Tonnen gesteigert werden konnte, stellte sich als überflüssiger Ballast heraus. Sie war bedeutend teurer, als die Ruhrkohle, weil man den Saarbergarbeitern die Löhne in Franken auszahlte. Trotzdem hätte die Saarkohle noch Frankreich selbst Konkurrenz machen können, weil die Staatsbergwerke der Saar, die keine Dividenden zu zahlen hatten, billiger fördern konnten, als die privaten französischen Bergwerke. Also legte man auf die Saarkohle eine Steuer von 10 Proz., während französische Kohle nur einer Umsatzsteuer von 2 Proz. unterliegt, und erhöhte die Eisenbahntarife. So konnte man verhindern, daß die Saarkohle im wesentlichen Umfang den französischen Markt bedrängte. Dafür mußte man sich nach anderen Absatzmärkten umtun mit dem Erfolg, daß Deutschland heute wieder 20 Proz. der Saarkohle kauft, während Frankreich, das vorgibt, sie nicht entbehren zu können, nur 35 Proz. der Förderung abnimmt.

Eine merkwürdige Ironie der Tatsachen: Die kommerziellen Ströme bahnen sich ihren Weg trotz aller Verträge, und diese Kohle, die man uns gab, um die Förderung unserer zerstörten Bergwerke zu erleichtern, liefern wir selbst an die deutsche Industrie — zu herabgesetzten Preisen — zurück!

Durch ihren niedrigen Preis wurde die Ruhrkohle eine schwere Konkurrenz für die Engländer, die jetzt in Spa forderien, Frankreich müsse die Reparationskohle mit dem englischen Preis bezahlen. Briand, der zu Zugeständnissen bereit war, wurde gestürzt. Die Engländer sahen sich gezwungen, ihrerseits die Preise für Lieferungen an Frankreich herabzusetzen, die Deutschen erhöhten ihre Kohlenpreise und so schied die Reparationskohle in Frankreich als Verbilligungsquelle aus. Englische Kohle drang in erhöhtem Umfang in Frankreich ein. Die Arbeitslosigkeit in der französischen Kohlenindustrie griff um sich und zwang zu Stilllegungen von Bergwerken in dem angeblich so kohlenarmen Frankreich. Damit hätte das Kohlenproblem eigentlich erledigt sein sollen. Das war aber längst nicht der Fall. Denn ein anderes Problem, über das man sich bei der Abtrennung Elsaß-Lothringens und bei der Befreiung des Saargebietes lächelnd hinweggesetzt hatte, trat jetzt in den Vordergrund.

Frankreich hatte Kohle, aber keinen Koks, besonders nicht für die mit der Annexion erworbenen ehemals deutschen Hütten. Es hatte nicht verstanden, eine große chemische Industrie zur Verwertung der Nebenprodukte der Kohlendestillation zu organisieren. Infolgedessen ist inländischer Koks in Frankreich teurer als ausländischer. Jetzt machte also Frankreich in verstärktem Maße seine Forderungen nach deutschem Koks geltend und beraubte die deutsche Eisenindustrie dieses dringend benötigten Rohstoffes, indem man den Anteil von Koks an den Reparationslieferungen von 375 000 bis auf 620 000 Tonnen monatlich, dazu noch 100 000 Tonnen Kleinkoks, heraufschraubte. Und immer wieder fordern die französischen Hüttenbesitzer die Lieferung von Koks.

Die verzweifeltsten Bemühungen der deutschen Regierung, dem Kohlendiktat zu entgehen, sind zu bekannt, als daß sie noch einer Darstellung bedürftig. Immer noch spielt man in Frankreich mit einer gewaltigen Lösung, sei es, indem man das Ruhrgebiet besetzt, oder auf die deutsche Industrie einen Druck ausüben will. Nur eine Gruppe versucht, durch direkte private Abmachungen mit der deutschen Schwerindustrie den deutschen Koks mit

den französischen Erzen zusammenzubringen. Es scheint, daß diese Bestrebungen neuerdings Fortschritte machen. Immerhin ist ihr Ausgang noch sehr ungewiß; man sollte eigentlich nicht daran zweifeln, daß der selbst in französischer Beleuchtung offenkundige Widersinn des Kohlendiktates zum Nutzen beider Völker endlich beseitigt wird und einer positiven Wiederaufbaupolitik Platz macht. Vielleicht ist die Kohlenklause des Privatgeschäftes der Herren Siames und Lubersac ein erster, zaghafter Anfang dazu.

Wilhelm als Memoirenschreiber.

Seit einigen Tagen wird die Welt mit Bruchstücken aus den „Erinnerungen“ des jetzigen Schlossherrn von Doorn unterhalten, die demnächst als Buch erscheinen sollen, der Baluta halber schon vorher an das Ausland verhölet worden sind. Was bisher aus dem mit allen Mitteln der Sensationsmache angekündigten Buche des verstorbenen Himmelsinstrumentes veröffentlicht wurde, ist allerdings nichts weiter als ein erhabenes Gemisch von Rührseligkeit und Langerweile. Der Mann, der einstmals die Welt durch seine schmarrenden Reden in Aufregung zu versetzen vermochte, zeigt sich als Schriftsteller auf der Höhe eines Kleinbürgers. Nicht nur als Schriftsteller. Auch soweit politische Urteile unterliegen, bewegen sie sich durchaus auf dem Niveau eines „Total-Anzeiger“-Lesers. Wilhelm fühlt das Bedürfnis, noch nachträglich seinen Konflikt mit Bismarck vor der Welt zu rechtfertigen. Breit und umständlich erzählt er, wie er vor „Dankbarkeit und Verehrung für den großen Kanzler“ überfloß, daß er der „Generation der Bismarck-Verehrer“ angehört habe und glücklich gewesen ist, unter Bismarck als Prinz im Auswärtigen Amt, wie er sagt, „arbeiten“ zu können. Wie damals allerdings auswärtige Politik im Auswärtigen Amt gemacht wurde, darüber entfährt dem Schlossherrn von Doorn folgendes amüsante Geständnis:

Im Auswärtigen Amt... befanden sich nur ausführenden Organe eines Willens, die, über die großen Zusammenhänge der ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Fragen nicht orientiert, keine selbständige Mitarbeit leisten konnten. Der Fürst logerte wie ein mächtiger Granitföndling auf der Wiese: wälzt man ihn fort, so findet man hauptsächlich Gewürm und abgestorbene Würzeln darunter.

Als Wilhelm Kaiser wurde, wollte er natürlich weder zum Gewürm noch zu den abgestorbenen Würzeln gehören. Er hat den „Granitföndling“ alsbald entfernt, um seine eigenen „übertragenden“ Ideen von hoher Politik zur Geltung bringen zu können. Es wirkt geradezu erschütternd, mit welcher Richtigkeit der einst so anspruchsvolle Mann die Vobsprüche registriert, die ihm von anderer Seite ausgesprochen wurden. Im Jahre 1890 nahm er an den russischen Manövern in Narwa teil, wie er sagt, um den „Befehl“ seines Großvaters auszuführen, der ihm die Pflege der Beziehungen zu Rußland ans Herz gelegt hatte. Dabei ließ sich der Zar Alexander III. von seinem jungen deutschen Kollegen genau Bericht erstatten über den Konflikt mit Bismarck. Nachdem er ihn ausgehört, brüdete er ihm biederemännlich die Hand und versicherte ihm:

„Der Fürst war trotz all seiner Größe schließlich doch nichts anderes als Dein Beamter oder Beauftragter. In dem Augenblick, wo er sich weigerte, nach Deinen Befehlen zu handeln, mußte er entlassen werden... Ich habe Vertrauen zu Dir. Du kannst Dich auf mich verlassen.“

Man kann sich denken, wie solcher Lobpruch aus dem Munde des Selbstherrschers aller Reußen dem eifigen Selbstherrscher aller Preußen wohlthat. Bis in die letzten Jahre seiner unheilvollen Regierungstätigkeit hat er ja die Viebienderei gegen den Jarrismus fortgesetzt, mit welcher Wirkung ist bekannt. In seinen Erinnerungen sucht er allerdings nicht seine Politik des Herausforderns und der Arroganz, sondern den Berliner Kongreß von 1878 für den Weltkrieg verantwortlich zu machen insofern, als damals Bismarck durch diesen Kongreß den Jaren an der Ausnützung des russischen Sieges über die Türkei gehindert und dadurch den Keim für die Revolution in Rußland gelegt habe.

Ein Kapitel des Buches ist auch den sozialen Bestrebungen gewidmet. Man ist erstaunt, mit welcher Spießbürgerweisheit der einstige „Landesherr“ über soziale Probleme spricht. Etwa so:

Der Landesherr muß aber stets das Gesamtwohl im Auge haben, und deshalb bin ich meinen Weg unbeeinträchtigt weitergegangen. Diejenigen Arbeiter andererseits, die blindlings den sozialistischen Führern folgten, haben mir keinen Dank für den ihnen geschaffenen Schutz und für meine Arbeit gezollt. Uns trennt der Wahlspruch der Hohenzollern: „Suum cuique“, d. h. Jedem das Seine, aber nicht, wie die Sozialdemokraten wollen: „Allen das Gleiche!“

Was muß der Mann für eine Vorstellung von den Bestrebungen der Sozialdemokratie gehabt haben, die er Zeit seines Lebens bekämpfte und beschimpfte, ohne auch nur den Versuch zu machen, in die Gedankengänge dieser großen gesellschaftlichen Bewegung einzudringen!

Von sich selbst überzeugt wie je, spricht er auch in seinen Erinnerungen immer nur von seiner sozialen Befehgebung. Er hatte sicher keine Ahnung davon, daß schon vier Jahre vor seinem Amtsantritt der „Granitföndling“ vor dem Reichstage erklärt hatte, daß auch das höchste soziale Fortschritt, das bis dahin erzielt war, nicht zu verzeichnen gewesen wäre, „wenn wir nicht die Sozialdemokratie hätten und eine große Menge, die sich vor ihr fürchtete“. Daß also, um es in anderen Worten zu wiederholen, die Tatsache der Existenz der Sozialdemokratischen Partei erst Anregung und Förderung für die soziale Befehgebung des Staates gegeben hatte.

Wilhelm, der schon von Natur an starker Selbstüberschätzung litt, dem dazu das „Gewürm“ dauernd Loblieder auf seine Intelligenz und seine „Herrschertugenden“ sang, Wilhelm bildet sich ein, daß er den Arbeitern Schutz geschaffen habe. Er gleicht darin jener Fliege, die dem schlafenden Menschen auf der Nase saß und sich einredete, sie sei die Beherrscherin der Welt.

Die Sekte Ledebours.

Das Fährlein Unentwegter, das sich in Gera um Georg Ledebour gekümmert hat, teilt in einem Flugblatt mit, daß es sich zu einer „Partei“ konstituiert hat, um die USPD aufrechtzuerhalten. Die langatmige Begründung dieses einstimmig (!) gefassten Beschlusses interessiert um so weniger, als sie nichts enthält, das nicht schon durch die letzten Artikel und Reden Ledebours bekannt geworden ist. Geradezu komisch wirkt aber die Versicherung, daß diese Ledebour-Partei „ganz naturgemäß“ später das Kernstück der allumfassenden Einigung bilden werde: Vereinigte Sozialisten und Kommunisten würden sich mit ihr „zu der großen proletarischen Einheitspartei zusammenschließen“.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die neue Sekte mit einem schönen Optimismus ins Leben tritt. Die neue „Partei“ hat sich bereits provisorisch konstituiert, und zwar mit Ledebour und E. H. Liebnecht als Vorsitzenden. Der Aufruf ist ferner unterschrieben von neun zumeist unbekannteren Größen, darunter der ehemalige Nationalparlamentarier Gerhard Buch, R. v. D. Daß diese beiden „Führer“ bei Ledebour bleiben, wird wohl in der Vereinigten SPD. einen allgemeinen Seufzer der Erleichterung hervorrufen.

Ledebour kündigt schließlich für Anfang Oktober das Erscheinen einer Wochenzeitung an, die sich „Klassenkampf“ nennt und zu deren Chefredakteur er sich ernannt hat.

Wir wünschen dem alten Ledebour jedenfalls ein längeres Leben und ein besseres Gedeihen, als sie seinem Blätchen in dieser Zeit der schwersten Pressenot voraussichtlich beschieden sein werden.

Wie wir hören, sind die Stadtverordneten Dr. Köhler, Justiz Braun und Frau Lungwisch aus der bisherigen USPD-Fraktion ausgeschieden, offenbar um bei Ledebour zu bleiben. Niemand weint ihnen in der USPD. eine Träne nach.

Die Rot der Presse. Infolge der Papierverknappung sieht sich jetzt auch der „fränkische Kurier“ (Rürnberg) ab 1. Oktober gezwungen, zum einmaligen Erscheinen überzugehen.

Die Wedekindsche Simson-Tragödie.

Von Max Hochdorf.

Das biblische Buch, das den vor grauen Jahren durch Weber-tollheit betrogenen Strindbergschen Simson besingt, wird durch Wedekinds Spielfähigkeit erklärt. Warum sind alle Riesen des Weltentzuges, Polyphem und Ugo, Goliath und selbst der Ribbelungsbild Siegfried entseeltliche Wölfe? Warum sind alle Zwergen des Weltentzuges, der trümpfliche Vulkan und alle Berggeister und Heimgesammler in unglücklicher Verwirrung? Es scheint, daß die mythischen Sagen in den Jahrhunderten sich an der Ungläubigkeit der Gottesgötter rächen, indem sie dem Russe Simson mit ohne Menschenshand, den zu kurz geratenen Enomen oder Schlangengöttern andichten. Insbesondere dieser langhaarige, verliebte Wälder und Räuber in Israel, dieser nur durch Langhaarigkeit freigelegte Streiter für Jehova Simson ist der vertrauensvollste, großmütigste Heldenheld und Wobertocht. Er ist eigentlich gar kein tragischer Held, weil er viel zu dumm und zu blind in die Netze der bühnenhaften Philisterin Dalila hineinrastet. In seiner genußreichen, webergerigen, mit dem jugendlichen Blut und der eisernen Faust tropfenden Sinnlichkeit ist er höchstens ein Ungläubiger, wie sie der Strindbergschen unglücklichen Lage entlockt. Er haßt nur heftig an der strehenden Körperlichkeit. Er empfängt erst ein gelinkes Gesicht durch Webedind.

Denn dieser Simson, der seinen Haar- und Muskelwund bejammert, entdeckt plötzlich, daß auch ein Gehirn unter seiner hinterlistig gefahrenen Schildebede wohnt. Er lernt die Tragödie des Menschen begreifen, dem alles Genie in den Bizeps und in die schwanfenden Waden rückt und dessen Knöchel nun plötzlich zum Hüft. Der Hüft wird zum Gouller und der Gouller wird zum pessimistischen Philosophen. Simson-Schopenhauer kann sich nicht mehr in der Arena und vor den Waddelien und vor den Philistern oder auch vor den Kurbanen aufblähen, und da er als schmerzfund entlarvt ist, breitet sich die Scham über ihn wie ein Auslag. Er führt ein trübseliges Klosterleben. Er verbt die Kornmühle seiner Henker und er verdeckt seine Ferkelung und Scham, indem er sich vor Dalila, die seine Schwäche erauberte, als den Unmenschen anpreist, als das doppelgängerliche Menschenwunder, das zugleich Mörder und Zeugener sein kann, das die Welt aus sich gebiert und regiert, trotz der jämmerlich gefeierten Sieder. Und wirklich, Dalila, diese ewige Eva, diese stets neugeborene Aulu, liebt nur Simson und keinen anderen! Sie mordet Simson, weil sie ihn liebt. So will das vollkommenste Weib immer nur den vollkommensten Mann wien, der zugleich der aufrichtigste Mann sein muß. Dalila kann es aber nicht überwinden, daß Simson auch nur mit der Erinnerung einer anderen Schönheit nachwiltet, Scham, die so unendlich ist, daß sie sich in hundert Gestalten zeigt, bei dem Mann. Eifersucht, die so unendlich ist, bei dieser Dalila. Wedekinds Simson-Tragödie wurde darum auch „Scham und Eifersucht“ genannt.

Das Trauerspiel ist ein schweres und dickflüssiges Sinngedicht. Es denkt die ersten Gefühle der beiden Geschlechter durch. Das Weib

ist das Wesen, das nie in seiner Herrschaft, in seiner Begierde und Vergessenheit ermüdet, den Mann als alleiniges Eigentum zu besitzen. Die Geliebte ist eifersüchtig auf das Heiligtum des Mannes, weil es ihre Lust an der Niederkunft schmälert. Die Mutter ist eifersüchtig, wenn ihr Säugling zu laufen anfängt, denn schon muß sie fürchten, das stehlich saugende Spielzeug werde durch einstige Flucht die Freude ihres irdischen Wohlseins vermindern. Der Mann erbt immer wieder und er windet sich in Leidestrümpfen, weil dieses wunderwolle, in seiner Sehnsucht nach weichem Leben ihm feindselige und hinderliche Wesen seinem metaphysischen Drang tagtäglich, allnächtlich Dämme entgegensetzt und Jangstricke legt. Wenn der Philisterfürst Og von Basan Dalila zur Königin erhebt, sie dann aber hinrichte, so tut er eigentlich nur, was Simsons lebensschafflicher Wille gemessen ist. Er rächt die beleidigte Scham des Mannes an der schamlos ausschweifenden Eifersucht des Weibes. Das ist der Kern der Wedekindschen Simson-Tragödie.

Richard Krog, der Regisseur des Deutschen Theaters, verliert das abstrakte Spiel durch eine tropisch wuchernde Sinnlichkeit einzufärben. Die Bühne wird erotisch überladen. Das Gold strahlt an dem gefundenen Simson. Dalila entleert sich bis zum äußersten. Das Blutgelage des Philisterkönigs, über das Simsons letzte Kraft die Palastquader stürzt, wird Orgie der Bewegungen und der geduldeten und getreuten Lust. Das Auge erquid sich an der Götterlichkeit der Dalila, die Agnes Straub spielt. Heinrich George, der Simson, ist eine sprühende, metallische Muskulatur, die mit erdbebender Kraft zerbricht. Ferdinand Hardt, der dem Philisterfürsten Og den Leib gibt, wandelt sich zum grössten Werwolf. Allen Künstlern gelingt das Neuherrliche, das Anmalische. Aber die Dichtung ist in dunkle Gedanken eingetaucht. Wenn dieser Reichtum fund werden soll, diese gewundene Spielfähigkeit, diese außerordentlich gedrehteste Wedekind-Moral, dieses Gefänge der Sentergen, die das Jenkelt sehr nahe berühren, dann straucheln sie in Unsicherheit. Die falschen Akzente in ihrer Rhetorik sind mehr als zahlreich. Man erwidert über diese Achlosigkeit vor dem Wort, seinem Sinn und seinem Abtismus. Nur das Wort leuchtet auf, doch alles andere, alles Logische, alles Scharfsinnige, aus einem heiteren Gemüt zu holende, blieb aus. Es bleibt im Gedächtnis nichts als der fabelhafte optische Reiz, und es wird beklagt, daß dem irdischen erkenntnisvollen Kern der Simsons-Tragödie nicht nachgeholfen wurde.

Die Russen im Celsing-Theater. Der Keinen russischen Truppe, die neulich im Apollo-Theater spielte, folgt nun das Götterpiel des Gesamtensembles des Moskauer Künstlertheaters unter Leitung des berühmten Stanislawski. Das angekündigte Programm deckt sich ungefähr mit den Aufführungen, mit denen die Gesellschaft vor etwa zwei Jahrzehnten bei ihrem ersten Berliner Götterpiel debütierte, und deren wunderbar seine Abgetändtheit in unvergesslicher Erinnerung geblieben ist. Wieder wird man Tschepowische Werke und Gorkis „Nachts“ zu sehen bekommen. Nur daß, wie schon das Publikum der Eröffnungsveranstaltung zeigte, die Russen jetzt vor Landsteuten zu spielen haben werden, die jeder kleinen Wendung des Vorleses folgen können. Immerhin ist zu bedauern, daß von dem früheren Brauche, bei fremdsprachlichen

Vorstellungen dem Theaterzeitel einen kurzen Abriss der Handlung beizufügen Abstand genommen wurde, so sah man bei Alexej Tolstoj's „Jar Fedor Joannowitsch“, einem Schauspiel aus russischer Vergangenheit, vor einem Buch mit sieben Stegen steht auf hohes Schauen und Verjuche unbestimmten Kalens angewiesen, was die Personen eigentlich im Schilde führen. Die Dinge konnten so und auch ganz anders sich verhalten. In den Kostümen und der Ausmalung der Hintergründe zeigten sich Tendenzen, mögliche historische Treue und Prachtentzückung zu vereinen, Meinimertum, wie man es früher nannte. Fast lauter Massenmenschen. Priester und Bojaren in kolossalsten Gewändern, Hudigungen, bei denen alles sich vor dem Jaren glatt zu Boden wirft, in Gemächern von glänzend materischem Arabestenschem der Wände. Eine Ueberfülle von Gestalten und Impressionen. Indes, was hinter diesem bunten Schein an Tragik liegen mochte, blieb den Sprachkundigen verborgen, so vorzüglich Herr Mostwin, der Darsteller des Jaren, gewisse Züge: weiche Anschmieglamkeit, zaghaftes Schwanken und zwischen durch wild aufstrebenden Jähzorn zum Ausdruck brachte.

Gotteslästerungsprozess. Anfang dieses Jahres erschienen in deutschösterreichischen und klerikalen Zeitungen Zuschriften, die ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft gegen ein im Ernst-Rowohl-Berlag, Berlin, erschienenenes kleines Buch von Carl Einstein: „Die schlimmste Gottlosigkeit“ forderten. Diese Briefe, die von einer Zentralfstelle ausgingen, haben ihre Wirkung getan. Gegen Einstein und seinen Verleger wurde bei der vierten Strafsammer des Landgerichts II eine Anklage wegen Gotteslästerung erhoben. Es ist dies seit dem Bestehen der Republik der erste Gotteslästerungsprozess, der aus einer literarischen Publikation entstanden ist. Zu der Verhandlung, die am 10. Oktober stattfindet, haben Staatsanwaltschaft und Verteidigung Zeugen und Sachverständige geladen. Die Verteidigung führen Justizrat Dr. Rosenberger und Rechtsanwält Wolfgang Heine. Die Egenensfolge Einsteins, die zu der genannten Denunziation und späterhin zur Anklage geführt hat, ist nicht für die Bühne bestimmt gewesen. Das Werk zeigt in zwanzig satirischen Szenen, wie die heutige Gesellschaft auf die Person und die Lehre Jesu reagieren würde, wenn sie mit ihr in unmittelbare Berührung käme. Die Angeklagten stehen auf dem Standpunkt, daß es sich nur um eine Satire größtstädtischer Sitten handle.

Steinkohle aus Spitzbergen. Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung hat man Untersuchungen über Kohle aus Spitzbergen angestellt. Der Wert dieser Kohlen schwankt, ist aber im allgemeinen ein hoher. Die Kohlenproben ergeben einen ausgezeichneten Koks. Die im Norden der Insel befindlichen Flöze liefern Cammelkohlen mit reichem Gehalt an stickstoffigen Bestandteilen. Sie ergeben beim Verschmelzen 20 Proz. Koks. Im Westen und Süden herrscht eine Coassamtkohle vor, die der englischen Kohle an Wert nahesteht.

Philharmonie. Am 25. Oktober findet eine Aufführung des Verdi'schen Requiem unter Leitung von Generalmusikdirektor Paul Schellung mit dem Wilburmannischen Orchester und Singschulischen Chor statt. Solisten: Nelsa Salvini, Pauline Dobert, Robert Quit und Alexander Rignig.

Gemeindewahlen im Frühjahr.

Ein Mitglied der Redaktion der Bielefelder „Volkswacht“ hatte auf dem Bezirksparteitag für das östliche Westfalen Gelegenheit, mit dem preussischen Innenminister, dem Genossen Severing, über die neue Städte- und Landgemeindeordnung zu sprechen. Der Minister gab auf einige Fragen folgende Antwort:

Frage: Wäre es im Interesse der Konzentration und Vereinheitlichung der Verwaltung im Staatsleben allgemein nicht wertvoller, wenn nur eine, die Magistrats- oder die Bürgermeisterversammlung in der neuen Städteordnung Gesetz werden würde?

Antwort: Gewiß wäre das ein Vorteil und ein erstrebenswertes Ziel, eine einheitliche Form zu finden, indessen werden die allgemeinen staatlichen Interessen durch diese Nuance in der Kommunalverwaltungsform nicht berührt.

Frage: Der Entwurf der neuen Landgemeindeordnung sieht die Aufhebung der Gutsbezirke vor. Wieviel solcher Gutsbezirke hat Preußen noch?

Antwort: Es sind noch ca. 10 000 Gutsbezirke in Preußen vorhanden.

Frage: Wann werden voraussichtlich die Entwürfe der Städteordnung und der Landgemeindeordnung im Landtag zur Abschlußberatung stehen?

Antwort: Die Vorlagen sind dem Staatsrat übergeben; nach der Beratung in dieser Körperschaft kommen sie an den Landtag, der, so kann man hoffen, beide Vorlagen so schnell wie möglich verabschiedet wird.

Frage: Werden die Wahlen zu den städtischen und landgemeindlichen Körperschaften noch im Frühjahr 1923 stattfinden können?

Antwort: Der Wunsch des Kabinetts ist, die Wahlen im Frühjahr stattfinden zu lassen. Wahrscheinlich wird dies möglich sein infolge einer Rotverordnung.

Unter der Monarchie war es besser!

Die Ueberschrift ist diesmal keine Ironie. Der Mann der uns zu diesem bitteren Bekenntnis wenigstens auf einem bestimmten Gebiete zwingt, ist der demokratische Reichswehrminister Gehler. Die jüngste Meldung über Personalveränderungen in den höchsten Reichswehrstellen, hat selbst einem Organ seiner Parteirichtung, der „Vossischen Zeitung“ die bittere Bemerkung abgedruckt, daß sich unter sieben Namen ein einziger bürgerlicher befand. Hier wurde jüngst (Nr. 451) an Hand der Rangliste festgestellt, daß von 14 Wehrkreisgeneralen und Stabschefs ganze drei bürgerlich sind, alle anderen sind vom Adel. Die Generals- und Chefstellen der Wehrgruppenkommandos sind ausschließlich in der Hand des Adels, ebenso die wichtigsten Abteilungen des Reichswehrministeriums.

Demgegenüber muß tatsächlich darauf hingewiesen werden, daß selbst in den alten wilhelminischen Zeiten eine derartige Bevorzugung des Adels nicht festzustellen war. Im Jahre 1914 waren im Preussischen Kriegsministerium die wichtigsten Abteilungen folgendermaßen besetzt: Zentraldepartement, zwei bürgerliche Abteilungschefs, kein Adliger. Allgemeines Kriegsdepartement: vier Bürgerliche, fünf Adlige. Allgemeines Versorgungsdepartement: vier Bürgerliche, drei Adlige. Es standen also zehn bürgerliche Departements- und Abteilungschefs acht Adligen gegenüber.

Die Dienstaltersliste der Generale und Stabsoffiziere der Kgl. preussischen Armee von 1918 vermerkt noch Stand vom 1. Januar 1918 als aktive Generale: 78 adlige Generalleutnants, 44 bürgerliche, 153 adlige Generalmajore, 125 bürgerliche (die kommandierenden Generale sind hier nicht mitgezählt, weil diese Rangstufe in der Reichswehr nicht vorhanden ist). Es standen also 231 adlige Generale 169 bürgerlichen Generalen gegenüber, d. h. das Verhältnis war etwa 11 : 8. In der republikanischen Reichswehr dagegen befehlt der Adel fast alle ausschlaggebenden Kommandostellen.

Zweiter internationaler Demokratentag.

Wien, 27. September. (MIB.) Gestern abend wurde der zweite internationale demokratische Kongress, der bis zum 2. Oktober in Wien tagt, durch den Präsidenten, den französischen Abgeordneten Marc Sangnier, eröffnet. Neben Marc Sangnier hatten am Präsidium u. a. Platz genommen: für Österreich Präsident Weiskircher und für Deutschland der Reichstagsabgeordnete Heile. Es waren etwa 20 Staaten mit ungefähr 300 Delegierten vertreten, darunter auch Dänemark und Holland. Besonders stark war die Teilnahme von deutscher, österreichischer und französischer Seite. Nach einer Begrüßung durch Präsident Weiskircher sprach Marc Sangnier unter lebhaftem Beifall über die Aufgaben und Ziele des Kongresses, als welche er die Verständigung und Zusammenarbeit der Völker bezeichnete. Professor Redlich, als Vizepräsident der österreichischen Botschafter, hob die Verdienste Marc Sangniers um die friedliche Verständigung unter den Völkern hervor, ohne die die Wiederaufrichtung der Welt unmöglich sei, und wies darauf besonders auf die unglückliche Lage Österreichs als Schutzbeispiel für das gegenwärtige europäische Problem hin. Abgeordneter Heile betonte den Friedenswillen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und trat für den Zusammenschluß der Völker Europas auf Grund der Macht, des Rechts und der Gerechtigkeit ein.

Nochklaffes Nachholer. Durch den Übergang der früher im Besitz von Lord Northcliffe befindlichen Aktien der „Daily Mail“, „Evening News“, „Weekly Dispatch“ und der österreichischen „Daily Mail“ an seinen Bruder, Lord Northcliffe, ist dieser Hauptbesitzer der Blätter geworden.

Devisenkurse.

	27. September		28. September	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
100 holländische Gulden	64119.75	64280.25	66679.05	66820.95
1 argentinischer Papier-Peso	584.25	585.75	515.85	517.15
100 belgische Franc	11855.10	11914.90	10586.80	10688.20
100 norwegische Kronen	27815.15	27884.85	24769.—	24831.—
100 dänische Kronen	34107.80	34192.70	30411.90	30485.10
100 schwedische Kronen	48445.60	48534.40	38551.00	38748.40
100 finnische Mark	8645.40	8654.60	8196.—	8204.—
1 japanischer Yen	—	—	694.10	695.90
100 italienische Lire	—	—	6217.20	6292.50
1 Pfund Sterling	7290.85	7309.15	6441.90	6458.10
1 Dollar	1652.93	1657.07	1453.17	1461.83
100 französische Franc	—	—	11136.05	11168.05
1 brasilianischer Milreis	—	—	172.28	172.79
100 Schweizer Franc	—	—	27265.85	27334.15
100 spanische Pesetas	—	—	22297.05	22332.95
100 österr. Kronen (abgest.)	2.05 1/2	2.09 1/2	1.78	1.82
100 tschechische Kronen	4988.75	5001.25	4524.80	4557.70
100 ungarische Kronen	60.92	61.08	58.92	59.08
100 bulgarische Lewa	973.75	976.25	848.90	851.10

* Bedeutet repartiert.

Einheitstarif oder Staffeltarif?

Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung in einer Dringlichkeitsvorlage um den Beschluß, daß für die Straßenbahn auch in Zukunft der Einheitstarif beibehalten werden soll. In einer ausführlichen Begründung zeigt er, daß auch bei der Hochbahn, bei der Stadt- und Ringbahn und bei den Vorortbahnen die Entlohnung auf eine Vereinfachung des Tarifaufbaues gegangen ist. Die Hochbahn hat seit Anfang 1920 nur noch zwei Zonen (früher fünf), die Stadt- und Ringbahn hat seit Anfang 1921 den Einheitstarif, den die Straßenbahn schon vor zwei Jahrzehnten einführt. Der Magistrat erörtert Vorteile und Nachteile neuer Fahrpreisstaffeln nach Zonen, nach aneinander anschließenden Teilstrecken und nach übergreifenden Teilstrecken. Für Berlin sei nur ein Tariffsystem möglich, das einfach und in wirtschaftlicher, betrieblicher, verkehrlicher und siedlungspolitischer Hinsicht erträglich ist. Er kommt mit der Verkehrsdeputation zu dem Ergebnis, daß unter den in Berlin bestehenden Verhältnissen an dem Einheitstarif festgehalten werden müsse. Nachzuweisen sucht er, daß bei einem Staffeltarif die Durchschnittseinnahme pro Fahrt, weil längere Fahrten nur selten gemacht werden, nicht viel über dem Mindestfahrpreis für die erste Staffel liegen würde. Danach wäre sogar eine Mindereinnahme zu erwarten. Feststellungen, die auf zehn Jahren in den Jahren 1913—1922 an einzelnen Tagen gemacht wurden, haben ergeben, daß voraussichtlich von den Fahrgästen 64 Proz. bis 3 Kilometer, 32 Proz. bis 6 Kilometer, nur 4 Proz. über 6 Kilometer fahren würden. Die Vorlage betont auch, daß der Staffeltarif die Bewohner der Außenbezirke schädigen würde. Er könnte dort eine Abwanderung zu anderen Verkehrsmitteln (Vorortbahnen, Untergrundbahn) bewirken, was der Straßenbahn neue Einnahmeverminderungen bringen würde.

Kreismitgliederversammlungen

am Donnerstag, 28. September, abends 7 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

Berichterstattung von Augsburg und dem Nürnberger Einigungsparteitag

Augsburg: Rabes Festfälle, Fichlestr. 29.

Niederhöndeweide: Schulaula Berliner Str. 31.

(nicht, wie erst angegeben, am Freitag)

Freitag, den 29. September:

Ochsenberg: Cäcilien-Orchestern, Rathausstraße.

tarif die Bewohner der Außenbezirke schädigen würde. Er könnte dort eine Abwanderung zu anderen Verkehrsmitteln (Vorortbahnen, Untergrundbahn) bewirken, was der Straßenbahn neue Einnahmeverminderungen bringen würde.

Die Gründe der Fahrpreiserhöhung.

Zur Begründung des Verlangens nach einer weiteren Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises stellt der Magistrat in einer anderen den Stadtverordneten jetzt zugegangenen Dringlichkeitsvorlage eine Ausgaberechnung auf. An monatlichen Mehrausgaben erwartet er 136 1/2 Millionen Mark, nämlich 73,4 Millionen für Arbeiterlohnzulagen (bei 15 300 Arbeitern), 7,3 Millionen für Gehaltszulagen, 45,5 Millionen für Mehrkosten der Stromlieferung (infolge weiterer Kohlenpreiserhöhung), 8,3 Millionen für Materialpreiserhöhung, 2 Millionen für sonstige Ausgaben. Die für die letzte Fahrpreiserhöhung zugrunde gelegte Mehrausgabe von monatlich insgesamt 101 Millionen ist infolge der Bemessung des Fahrpreises auf 10 Mark statt auf 12 Mark nur mit 65 Millionen gedeckt, so daß noch 36 Millionen ungedeckt bleiben. Im ganzen sind daher zu decken pro Monat 36 plus 136,5 Millionen gleich 172,5 Millionen, pro Tag 5,6 Millionen. Bei einer Erhöhung des Fahrpreises von 10 Mark auf 20 Mark wären an Mehreinnahmen monatlich 170 Millionen, täglich 5,5 Millionen zu erwarten, so daß nahezu Deckung erreicht würde. „Mit Rücksicht auf allgemeine Verkehrsinteressen“ will der Magistrat „für den Augenblick den Fahrpreis nur auf 15 Mark erhöhen“, wozu er monatlich 96 Millionen, täglich 3,1 Millionen Mehreinnahmen erwartet. Man will „durch weitgehende Einschränkung aller Erneuerungsarbeiten, vor allem im Eisenbau“, die Ausgaben noch herabzusetzen versuchen, so daß der ungedeckte Rest sich noch verringern könnte.

Tragödie einer Kriegerwitwe.

Mutter und Kinder freiwillig in den Tod.

Unausgesagt fallen auch jetzt noch den Nachwirkungen des grausamsten aller Kriege unschuldige Menschenleben zum Opfer. Mit ihren beiden Kindern freiwillig in den Tod gegangen ist die Witwe Margarete Jörn aus der Heider-Promenade 4 zu Friedebau. Frau Jörn war mit ihren beiden Kindern, dem acht Jahre alten Sohn Dietrich und dem fünf Jahre alten Töchterchen Barbara, seit mehreren Tagen im Hause nicht gesehen worden. Nachbarn schöpften gestern Verdacht und stiegen die im dritten Stock des Vorderhauses gelegene Wohnung der Witwe durch die Holzterasse auf. Diese fand Mutter und Kinder in der Küche tot auf. Frau Jörn war mit ihnen, wie aus hinterlassenen Briefen zu ersehen war, freiwillig in den Tod gegangen. Sie hatte sich und die Kinder mit Leuchtgas vergiftet. Ihr Mann war kurz vor Beendigung des Krieges gefallen und dieser Schlag hatte sie so schwer getroffen, daß sie schwermütig geworden war. Zudem hatte sie auch noch mit Nahrungsorgen zu kämpfen. Aus Zeitungen, die noch im Briefkasten steckten, geht hervor, daß sie bereits in der Nacht zum vergangenen Sonnabend mit ihren Kindern in den Tod gegangen ist. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Erhöhung der Telegraphengebühren.

Mit dem 1. Oktober tritt eine Erhöhung der Telegraphengebühren im Fernverkehr auf 5 Mark das Wort, mindestens 50 Mark für ein Telegramm, und im Drieverkehr auf 3 Mark und 30 Mark ein. Gleichzeitig werden auch die Nebengebühren erhöht. Die wichtigsten neuen Sätze sind: Zustellung bei ungenügender Aufschrift 8 Mark, abgekürzte Telegrammschriften jährlich 800 Mark, regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme jährlich 800 Mark. Stundung der Telegraphengebühren monatlich 15 Mark und für jedes Telegramm 2 Mark. Vereinbarungen über abgekürzte Telegrammschriften sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis 30. September 1922 zum 1. Oktober 1922 gekündigt werden.

Die Siedlungshäuser der Stadt Berlin.

Wie erinnert, hat sich der Magistrat vor längerer Zeit einmal mit der Frage beschäftigt, die Siedlungsbauten der Stadt zu verkaufen, weil ihre Unterhaltung zuviel Geld kostete. Es ist nunmehr in Aussicht genommen, dieser Frage näherzutreten und zunächst einen Teil der Siedlungsbauten zu verkaufen. Hierbei sollen zunächst diejenigen Bauten, die am meisten Geld verschlingen, nicht veräußert werden. Die Holzbauten, die infolge mangelnder Pflege oder durch ungewöhnliches Bauen, von Anfang an ausbesserungsbedürftig waren, bleiben, wie von Bewohnern solcher Häuser mitgeteilt wird, im Besitz der Stadt Berlin. So der Teil der Sied-

lung Tempelhof, der aus Holzbauten besteht, und auch die bereits mehrfach erwähnte Siedlung am Falkplatz. In dieser Siedlung verfallen jetzt die Bezirksämter die Einwohner zu veranlassen, auch für die Bauten, die erst in den Jahren 1919 oder 1920 entstanden sind, das Reichsmietengesetz anzuwenden, trotzdem sie große Schäden aufweisen. Die Verhandlungen zwischen den Bewohnern der Häuser und den Bezirksämtern werden noch vor dem 1. Oktober erwartet.

Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Annahme des Antrages auf Erhöhung der Geschäftsanteile.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgebung nahm am Dienstag im „Saalbau Friedrichshain“ zur Änderung des § 5 des Statuts Stellung. Danach soll der Geschäftsanteil, der bisher 150 Mark betrug, auf 2000 Mark erhöht werden. Das Mitglied des Vorstandes Genosse Mirus führte zum Statutenänderungsantrag des Vorstandes, Aufsichtsrats und Genossenschaftsrats folgendes aus: Die Geschäftsanteile bilden das Betriebskapital der Konsumgenossenschaft. Daher muß das Betriebskapital von Seiten derer aufgebracht werden, die die Konsumgenossenschaft in Anspruch nehmen. Vor Jahrzehnten erachtete man 30 Mark als Norm des Betriebskapitals. Die Jahre 1913 und 1914 brachten große Entwicklungsmöglichkeiten, und so mußte der Geschäftsanteil auf 50 bis 60 Mark erhöht werden. Nach dem Kriege fand eine Erhöhung auf 150 Mark statt. Die Geldentwertung hat heute Verhältnisse geschaffen, an die kein Mensch gedacht hatte. Früher wurde die Ware beim Großkaufmann erst nach Ablauf einer Woche bezahlt, heute muß die Bezahlung gleichzeitig mit der Bestellung erfolgen. Viele Geschäfte ziehen es daher vor, Artikel, die sie früher geführt haben, abzuschaffen. Soll die Konsumgenossenschaft diesen Weg auch gehen? In dieser schweren Zeit darf das nicht soweit kommen! Am 30. Juni 1914 verfügte die Zentrale mit ihren Verkaufsstellen über ein Kapital von 1 Million 270 000 Mark, am 30. Juni 1922 aber über nur 80 Millionen Mark. Die Organisation verwaltete am 30. Juni 1922 nicht weniger als 62 Millionen Mark Spargeld ihrer Mitglieder. Mit diesem Geld arbeiten wir, doch genügen diese Summen bei weitem nicht. Mit der Bitte, das geforderte Geld so schnell wie möglich einzuzahlen, damit die Konsumgenossenschaft weiter leben kann, schloß Mirus seine Rede.

In der Diskussion empfahl Diebold, Mitglied des Genossenschaftsrats, Annahme des Antrages. Wir würden unseren Gegnern nur Freude bereiten, wenn wir die Mittel nicht bewilligen. Nur dadurch kann die Not gebannt werden. Die Mehrzahl der Redner sprach sich für Annahme des Antrages aus. Nach dem Schlußwort Mirus wurde die Abstimmung vorgenommen, die ebenfalls eine große Mehrheit für die Annahme brachte. Der § 5 lautet jetzt: Der Geschäftsanteil beträgt 2000 Mark. Jeder Genosse kann nur einen solchen erwerben. Er verpflichtet, innerhalb des ersten Jahres seiner Mitgliedschaft mindestens die Hälfte des Geschäftsanteils einzuzahlen, und berechtigt, jederzeit durch Barzahlung sein Guthaben auf Geschäftsanteilkonto bis auf 2000 Mark zu erhöhen.

Ein „politischer“ Filmausflug.

Am Abend des vergangenen Sonnabends drangen etwa 15 mit Revolvern bewaffnete Männer im Alter von etwa 35—40 Jahren in den Vorführungsraum eines Kinos in dem Vorort Wöhren bei Pöppeln ein, bedrohten einen Zuschauer und den Vorführer mit ihren Waffen und raubten aus einem Schrank vier Akte des Films „Der Todesreigen“, der zur selben Zeit vorgeführt wurde und einen Akt des Films „Amor im Irack“. Der zuerst genannte Film brach Darstellungen aus der Zeit der Revolution in Rußland. In kaum 5 Minuten waren die Räuber mit den geraubten Filmen verschwunden. Eine Verfolgung durch sofort hinzugezogene Polizeibeamte war ohne Erfolg.

Drei Eisenbahnunfälle in Polen.

Die Unfähigkeit des neuen Polenreiches, komplizierte technische Betriebe, wie es z. B. die Eisenbahn ist, mit der notwendigen Kraft zu betreiben, beweisen die schweren Eisenbahnunfälle, von denen sich allein zwei in den abgetretenen Teil Ostpreußens zugehörig haben. Auf der Strecke Kettawitz—Hindenburg fuhr ein vorzeitig abgehaltener Personenzug in voller Geschwindigkeit auf einen Güterzug auf. Die Lokomotive des Güterzuges wurde aus den Schienen gehoben und beschädigt. Ein Güterzugsbeamter und zwei Reisende wurden getötet, über zwanzig Personen verletzt. — Auf der Strecke Larnowit—Georgenburg fuhr die Maschine eines Ranglerzuges über einen Pressblock und stürzte die hohe Wölbung hinab. Der Lokomotivführer verunglückte tödlich. Zwei Beamte wurden schwer verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich. — Auf der Strecke Warschau—Dombin fuhr ein Personenzug bei Rudaborska auf einen Güterzug auf. Vier Personen wurden getötet und manjota verletzt. Vier Güter- und drei Personenwagen wurden schwer beschädigt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise etwas neblig, sonst trocken und überwiegend heiter, ein wenig wärmer bei ziemlich häufigen südlichen Winden.

Sport.

Breitensträter im Sportpalast.

Der Sportpalast hatte gestern wieder einen großen Tag. Ein kaum glaublicher Massenansturm bedrängte schon von 3 Uhr ab das Haus und die Potsdamer Straße gleich jenseits der Wiltonstraße einem unaufhaltbar stutenden schwarzen Menschenstrom. Der Kampf zwischen dem Belgier de Paus und Breitensträter war von vornherein ungleich und lag in der Führung beständig bei Breitensträter. Obgleich der Deutsche an de Paus 3 1/2 Pfund im Gewicht abgeben mußte, waren seine Schläge so vernichtend, daß der Belgier Deckung nur fand, indem er beständig einhakte. Dadurch gab er sich viel Blößen, die Breitensträter blitzschnell auszunutzen. Wie der Gong das erste Mal zur Pause rief, war der Kampf schon für Breitensträter entschieden, dessen gute Technik in der fünften Runde das Schicksal des Belgiers entschied. Ein Kampf zwischen dem Bremer Volkmer und dem deutschen Paniongeniechmeister Urban Graß wurde in der fünften Runde abgebrochen, nachdem bei dem Bremer auf der rechten Stirnseite eine Hauptader angeschlagen war. Der Sieg, den Graß erfochten hatte, wird ihn nicht zufrieden stellen, denn Volkmer ist ein Gegner, der ebenbürtiges hohes Klasseformen besitzt wie der deutsche Meister. Offen und schön zeigten beide ein erstklassiges Können. Dedung und Parade waren bei beiden gleich gut. Raujoks als deutscher Mittelgewichtmeister enttäuschte gegen den Belgier Claes, der sich vorzüglich hielt. Dem Deutschen fehlt die Schnelligkeit, gefährlich zu werden vermochte er Claes auch nicht eine Minute. Wöhren ließ er passieren ohne sie zu nutzen. Im Angriff war der Belgier, der allerdings durch Ringunsicherheit und nicht geschultem Auge stark behindert war, ein nicht zu unterschätzender Gegner. Der Punktsieg, den Raujoks errang, war keine reine Freude. Grimm vermochte den Sieg gegen Hanan in der sechsten Runde an sich zu reißen, da die Sekundanten Hanans den Kampf aufgaben. Grimm ist gute Klasse und seine sicheren Schläge verbunden mit guter Beldarbeit sicherten ihm beständig die Führung. Im Einleitungsampf siegte Kirschbaum gegen Wagner-Hamburg nach Punkten.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

47. Wkt. Heute, abends 8 Uhr, Zuhilfenahme in den bekannten Lokalen.
17. Kreis, Ochsenberg. Die für Freitag angelegte Frauenversammlung in der Schulaula Marktstraße 132 aus.

Gewerkschaftsbewegung

„Weltmarktlöhne“

Der Tatsache, daß die meisten, vielmehr die höchsten Preissteigerungen unter Berufung auf die „Annäherung“ an die Weltmarktpreise erfolgte, stellt die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Behauptung entgegen, seit einiger Zeit würden Lohnforderungen damit begründet, daß die deutschen Löhne an die „Weltmarktlöhne“ herangebracht werden müßten. Wenn wirklich diese Formulierung die und da von Arbeitergruppen bei Lohnbewegungen benutzt wurde, so weiß auch dieses Unternehmerorgan sehr wohl, was damit gemeint ist. Der Arbeiter will einen Lohn, der zu den Weltmarkt- oder den Dollar-Preisen der Lebensmittel einigermaßen im Einklang steht, anstatt in einem solch schreienden Widerspruch, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Allein das Blatt macht sich den Popanz der Forderung nach Weltmarktlöhnen zurecht, um zu beweisen, daß es in Wirklichkeit keinen „Weltmarktlohn“ gibt. Auf deutsche Mark umgerechnet, seien die Stundenlöhne in Frankreich z. B. doppelt so hoch wie in Italien und 1 1/2 mal so hoch wie in Spanien. Der englische Stundenlohn aber sei dreimal so hoch wie der französische und der amerikanische Stundenlohn wiederum 1 1/2 mal so hoch wie der englische. Welcher Lohn sei nun eigentlich der Weltmarktlohn?

Es ist selbstverständlich, daß die reine Lohnziffer irgendeines Landes an sich nichts besagt, sondern erst im Vergleich mit den Lebensmittelpreisen als Maßstab dienen kann. Wie hoch der Lohn ziffernmäßig ist, ist nebensächlich. Wir müssen wissen, wie hoch der Reallohn ist.

Der Redaktionsleiter der „Arbeitgeber-Zeitung“ sagt nun, es sei ausgerechnet worden, daß das Wochenlohn des amerikanischen Arbeiters 25 Dollar betrage und das des deutschen Arbeiters 5 Dollar. Das würde stimmen, wenn der Wochenlohn des deutschen Arbeiters gegenwärtig 7250 RM. betragen würde. Da aber die Geldbewertung in Amerika 50 Prozent betrage, seien die 25 Dollar in Amerika nur mehr 12 1/2 Dollar. „Die Kaufkraft einer deutschen Mark in Deutschland kann man wohl ohne Fehler auf mindestens 200 Prozent der Außenwertaufschlag setzen. Demnach entspricht das heutige wöchentliche Einkommen des deutschen Arbeiters etwa 10 Friedendollars. Das Lohnverhältnis ist also nicht 25 zu 5 oder 5 zu 1, sondern 12 1/2 zu 10 oder 5/4 zu 1.“

In Wirklichkeit sei das Verhältnis noch günstiger, da Deutschland eine besetzte Wirtschaft habe und mit unproduktiven „sozialen“ Aufwänden stärker belastet sei als irgendein anderes Land. Es fehlt nicht viel zu der weiteren kühnen Behauptung, daß der deutsche Arbeiter besser gestellt sei als sein amerikanischer Kollege. Zum Schluß wird

besagt, es sei unmöglich, daß im allgemeinen die deutschen Waren Weltmarktpreise erzielen können, deshalb könnten auch Weltmarktlöhne nicht gewährt werden.

In dieser Weise sollen offenbar die Unternehmer belehrt werden, damit sie bei Lohnverhandlungen die Arbeitervertreter über die Weltmarktlöhne belehren können. Das ist ziemlich überflüssig. Notwendig aber, daß der Lohn des deutschen Arbeiters so bemessen wird, daß er sich samt seiner Familie ernähren und kleiden kann. Daß er nicht vollständig auf Fleisch verzichten, daß nicht Margarine und Talg zu einem Luxusartikel werden, daß er sich Kohlen zum Winter kaufen, Leib- und Bettwäsche ergänzen und erneuern kann, kurzum, daß er wenigstens einigermaßen wieder wie in der Vorkriegszeit, halbwegs als Mensch leben kann. Um diese Forderung kommt der Arbeiter nicht herum. Die Rot zwingt ihn, sie durchzusetzen. Solche „Belehrungen“ helfen da nicht.

Beendigte Lohnbewegung im Textilgroßhandel.

In einer äußerst stark besuchten Versammlung nahmen die Handelsreisende des Textilgroßhandels noch einmal Stellung zu dem Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses. In stürmischer Erregung verlangte die Mehrheit, daß wegen des abnehmenden Verhaltens der Arbeitgeber sofort der Streik beschloffen wird. Nach erfolgter geheimer Abstimmung erhielt die Branchenleitung das Mandat, in den nächsten Tagen die Entscheidung zu treffen. Trotzdem der Vorschlag der Vertrauensleute, den bereits bewilligten Versuch nicht in Abzug zu bringen, von den Arbeitgebern erneut, angeblich einstimmig, abgelehnt worden ist, entschloß sich die Branchenleitung dennoch, in Anbetracht dessen, daß die Geltungsdauer des Vertrages Ende September abgelaufen ist und neue Verhandlungen für den Oktober umgehend erfolgen müssen, in Berücksichtigung des Resultats der geheimen Abstimmung, den Vergleichsvorschlag für verbindlich anzuerkennen. Für den Streik stimmte wohl eine große Zahl der Mitglieder, die statutenmäßig vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit war jedoch nicht ganz erreicht. Der Abzug des Vorschlusses soll laut Befehl der Arbeitgeber in durchaus lokaler Weise geschehen.

Die neuen Abkommen sind beim Transportarbeiterverband, Engländer 24/25, Zimmer 31, gegen Vorzignung des Mitgliedsbuches zu haben.

Verlegenheit der Kommunisten zentral.

Die Gewerkschaftsabteilung der Kommunistischen Partei befindet sich offenbar in größter Verlegenheit um Agitationsmaterial und um Parolen zur Aufpeitschung der Betriebsräte für einen kommunistischen Betriebsrätekongress. Es gibt selbst für das Verhalten der „Roten Fahne“ — der es ja noch nie auf eine Handvoll mehr oder weniger angekommen ist, wenn es die Verdächtigung der Gewerkschaftsleitungen galt — keine andere Erklärung als diese un-

gläubliche Verlegenheit, verbunden mit der Befürchtung, trotz aller Anstrengungen für die neue Aktion einer Betriebsräte-Kongress-mache, ein gehöriges Fiasko zu erleben.

Was da die arme „Rote Fahne“ in jeder Nummer gegen den ADGB, und jetzt auch gegen die SPD, zusammenklauben muß, das geht wirklich auf keine Ruhhaut mehr. Die Verlesung der Wahrheit wird mit einer Virtuosität betrieben, die wahrlich einer besseren Sache würdig wäre. Nur um die Schlauchheit ist's schlecht bestellt, so daß selbst das leiseste verführende Moment bei diesem Treiben fehlt, das lediglich von Verleumdungsfucht diktiert ist, von der Verlegenheit um ehrliche Argumente.

Jetzt beklagt sich die „Rote Fahne“ gar noch darüber, daß wir ihr gelegentlich auf die Finger klopfen, wenn sie den Schwindel von einem Abkommen des ADGB, mit Stimmes gar zu toll treibt. Es ist räumlich einfach unmöglich, all den Verdrehungen, Kombinationen und Fälschungen, die in der „Roten Fahne“ unablässig darüber betriebs werden, entgegenzutreten. Eine saule Sache läßt sich eben mit einwandfreien Mitteln nicht vertreten und ist zur Bloßstellung gezwungen.

Kein vernünftiges Betriebsratsmitglied kann sich an dem kommunistischen Agitationskongress rummeln beteiligen.

Lohnkämpfe in Wien.

Die Metallarbeiter haben in ihrer gestrigen Obmännerkonferenz beschlossen, noch im letzten Augenblick die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung, die sich etwa bieten sollten, gewissenhaft zu prüfen. Sie sind entschlossen, den Kampf aufzunehmen, wenn er sich als unvermeidlich erweist. — Der Streik der Kaffeehausangestellten ist noch nicht beendet. Die Hotelangestellten haben die gleichen Forderungen gestellt und stehen vor der Entscheidung, ebenfalls in den Streik einzutreten. Die Schuhmacher haben den Index von 91 Proz. erhalten. Maler und Anstreicher streikten und wurden ausgesperrt. Die Verhandlungen der Bankangestellten mit den Banken sind noch nicht zu Ende geführt.

Gestern traten die Arbeiter der Expeditionsbetriebe wegen Nichtauszahlung der vollen Arbeitslöhne in den Ausstand.

Rund der treulichen Angestellten und Beamten. Versammlung des Berufsvereins der Laboratorien, Muster-Heiligtum, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Donnerstag 7 1/2 Uhr.

Deutscher Holzarbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter! Donnerstag 5 Uhr im Reichsbannerhof, Reichsbanner Str. 147. Funktionäreversammlung, an der alle Vertrauensleute, Betriebsräte und Generalversammlungsabgeordnete teilzunehmen haben. Stellungnahme zur ablehnenden Haltung der Unternehmer. Die Branchenleitung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Zahngebisse
bis 2000, bis 20000 M.
Gold- und Silberbruch
Isenthal, Gneissaustraße 4
nur vorn 3 Treppen rechts
Bei Ankauf wird Fahrg. d. vergütet

Korbmöbel
1. Oärten, Balkone, Wohnz. mod. u. dauerhafter Ausst. Korbesse! Gr. Auswahl Besicht. erbet. Hehr. Kaese Farb- u. Holzhandl. Neuk., Berl., Str. 89 Burg. St. (Kais. Lad.)

Damen- u. Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl. Kleider- u. Futter-Seiden. Schwarz und farbige. Gelegenheitskäufe in mod. Mänteln, Kostümen, Kleidern u. Röcken. 1-3 geschloß.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Spezial-Arzt
Dr. Heimerkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden; Syphilis-Kuren, Blutuntersuchg. In der H. Hans. „Löser“ nahe Korbessell.
Dir. O. Löser, Münzstr. 9, Alex.-Pl. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-12. Damen separat.

Quecksilber
kauft höchstzählend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Wollstoffe im Mousseline Stoffe
in sportl. Reubelien / In Covercoats u. Cabardine / Racco-Fasern u. Einseh. hemden / Strümpfe / Schürzen / Tischentwürfe / Kleiderleinwand / Große Auswahl in Damen- u. Kinderstoffen bei preisw.
Ella Dehmel, Neukölln
Wilmersd. 9. Nähe Richardplatz.

Strickjacken
aller Art, jumper, Kimonos, Strand-läckchen etc. — Einzelverkauf bester Qualitätsware
Billigste Bezugsquelle
Bruno Richter, Berlin-Pankow, Mendelstr. 26, I. Fabrik-Niederlage Thüring. Wollwaren. Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 110. Fernruf: Pankow 3723

Perser-Teppiche Klaviere, Flügel
höchste Tagesort, zahlr. neue, Pallaststr. 9, Karl. 9104

Sichern Sie sich durch Anzahlung zu konkurrenzlos billigen Preisen gekaufte Waren zur späteren Abholung!
Wunderbare, nur erstklassige
Anzüge / Schlüpfer Winterpaletots Gummimäntel / Hosen weit unter Tagespreis!
Riesenauswahl!!
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung
133 Wilmsdorfer Str. 133
an der Bismarckstrasse.
Welcher Weg ist denn!

Zu Ehren des sechszigsten Geburtstages
GERHART HAUPTMANN'S
erschien in vornehmer Ausstattung und mit einem noch unverfälschten Tiefdruckbild des Dichters:
KONRAD HANISCH
Gerhart Hauptmann
und das deutsche Volk
Das aus unmittelbaren Erlebnissen quellende Buch bringt viel Neues, bisher Unbekanntes über den Menschen und Dichter. Es offenbart in ihrer Kraft und Schönheit Hauptmanns unvergängliche Werke und zeigt den bahnbrechenden Genius in seinem Einfluß auf den mächtigen Umgestaltungswillen des Volkes.
Preis geb. M. 187.50
In Ganzleinen geb. M. 225.—
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
BERLIN SW 68, LINDENSTR. 2

Wir sind billig bei guter Ware

Wir bringen unserer werten Kundschaft wieder eine Anzahl besonders billiger Angebote, ohne Rücksicht auf die Wiederbeschaffungskosten, in guter, reeller Ware

Hier nur einige Beispiele, besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster!

Damen-Halbschuhe alle Größ., echt Chev., mod. Form, auch Chromled. 1085	Herrenstiefel moderne Form, prima Rindbox alle Größ., sehr gutes Fabrikat. 1875
Lack-Halbschuhe moderne Form, Gr. 35-39 1185	Orig. Goodyear Welt gedoppelt, mod. Form, mit u. ohne Lackkappe 2675
Damenstiefel echt R-Chevreaux Hochschaff, moderne Form, alle Größ. 1875	Kinderstiefel Größe 18-21, schwarz Chromleder (20-22 mit Fleck 180.—) 98
Hochschaffstiefel II. Qualität sehr fesche Form, mit Lackkappe, alle Größ. 898	Damen-Spangenschuhe schwarz, leinenähnl. Stoff, hoh. Abs., Ledersohle, 35-39 98
Damen-Lederhausschuhe alle Größ. (mit Spangen 895) 495	Kameelhaarstoff-Hausschuhe imitiert mit kräftiger Ledersohle, Gr. 36-42 398

Feine Luxussachen
in Lack, braun u. schwarz mit u. ohne Stoffeinsätzen, moderne spitze Formen, auch in Halbschuhen.

Münzstraße 25
Utergrundbahn Alexanderplatz.
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

Großdetail Schuh-Lokal